



Seit gestern ist in allen sieben umkämpften Swing-Staaten der USA eine Form der vorzeitigen Stimmabgabe möglich. Bis Montag hatten bereits 17 Millionen Menschen in den USA ihre Stimme abgegeben – und es gibt erste Hinweise, dass Republikaner in größerer Zahl als in den letzten Jahren wählen oder Briefwahlstimmen einreichen.

2020 hatte Donald Trump vehement alle Wahlmethoden abgelehnt, die nicht am eigentlichen Wahltag stattfanden. Vor allem die Briefwahl bezeichnete er als Quelle von „Chaos und Verwirrung“ und riet seinen Anhängern davon ab. Doch dieses Jahr scheint sich seine Haltung gewandelt zu haben.

Zwar veröffentlicht nicht jeder Staat detaillierte Daten über die Parteizugehörigkeit der Frühwähler, doch in einigen Schlüsselstaaten deuten die vorliegenden Zahlen auf eine verstärkte Teilnahme von Republikanern hin. Zum Beispiel machten Republikaner in Nevada am Montagabend 39,5 % der etwa 245.000 abgegebenen Stimmen aus – im Vergleich zu 36,3 % für die Demokraten.

Blinken drängt auf Waffenruhen in Gaza und Libanon

US-Außenminister Antony Blinken traf gestern in Jerusalem mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu zusammen. Es war Blinkens elfter Besuch in der Region innerhalb eines Jahres. Er drängte Israel, den Tod des Hamas-Führers Yahya Sinwar in der vergangenen Woche als Gelegenheit zu nutzen, um den Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen zu beenden.

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant teilte Blinken mit, dass die israelischen Angriffe auf die Hisbollah auch nach der Bodenoffensive im Libanon weitergehen würden – bis „die sichere Rückkehr der Menschen in den nördlichen israelischen Gemeinden“ gewährleistet und „die Hisbollah aus dem Süden des Libanons vertrieben“ sei.

50-Milliarden-Dollar-Kredit für die Ukraine

Die USA und Europa stehen kurz vor dem Abschluss eines gemeinsamen Plans, der Ukraine einen Kredit von 50 Milliarden Dollar zu gewähren. Dieser soll durch die eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank abgesichert werden, erklärte US-Finanzministerin Janet Yellen gestern.

Eine offizielle Ankündigung könnte schon diese Woche erfolgen, da Finanzminister und Zentralbankgouverneure während der Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington tagen. „Das ist eine Möglichkeit, Russland die Kosten des



Schadens aufzubürden, den es der Ukraine zufügt“, sagte Yellen auf einer Pressekonferenz.

WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN

- **Diverses:** Mike Jeffries, der ehemalige CEO von Abercrombie & Fitch, wurde wegen internationaler Sexhandelsvorwürfe angeklagt.
- **Diplomatie:** Großbritannien und Deutschland einigten sich auf eine verstärkte militärische Zusammenarbeit in einem neuen Verteidigungspakt.
- **Taiwan:** China kündigt erneute Militärübungen in der Taiwanstraße an, nur eine Woche nach groß angelegten Manövern.
- **Russland:** Präsident Wladimir Putin empfängt er die Staatschefs von China, Indien und Südafrika zu einem Wirtschaftsgipfel, um zu zeigen, dass er international nicht isoliert ist.
- **Himalaya:** Indien und China haben sich an ihrer umstrittenen Grenze auf eine Phase der Entspannung geeinigt.
- **Malaysia:** Der chinesische Immobilienentwickler Country Garden hat nach Versprechungen eines „Paradieses“ für Hunderttausende Wohnungen auf künstlichen Inseln seine Schulden nicht mehr bedienen können.
- **Iran:** Vier Männer, darunter ein Offizier der Islamischen Revolutionsgarden, wurden wegen eines gescheiterten Attentatsplans in Brooklyn, NY, angeklagt.
- **Singapur:** Der Sohn des ersten Premierministers des Landes hat politisches Asyl in Großbritannien erhalten.
- **Katholische Kirche:** Der Vatikan hat sein Abkommen mit China zur Ernennung von Bischöfen verlängert.
- **Klima:** Das sich erwärmende arktische Gebiet Russlands stellt eine große Bedrohung dar – westliche Wissenschaftler können es wegen des Ukrainekriegs jedoch nicht erforschen.